

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 23. Jänner 2023; Bericht**

Am 23. Jänner 2023 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Aggression gegen die Ukraine sowie Westafrikanische Sahel- und Küstenländer.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP) Josep Borrell Montenegro, Iran, Armenien/Aserbaidshan, Afghanistan, Venezuela, Äthiopien, Belgrad-Pristina-Dialog sowie Peru angesprochen.

Bei der Diskussion zu Montenegro habe ich meinen Amtskolleginnen und -kollegen über die gemeinsame Reise mit der slowenischen Außenministerin Tanja Fajon im Auftrag des HV/VP Josep Borrell berichtet. In den Gesprächen mit montenegrinischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern habe ich die Besorgnis der EU über die derzeitige innenpolitische Blockade und die mangelnden Fortschritte Montenegros auf seinem Weg nach Europa zum Ausdruck gebracht. Als Reaktion auf den Besuch wurde das bisher ausgebliebene Verfahren zur Besetzung von vier freien Richterstellen am Verfassungsgericht in Angriff genommen.

Beim Tagesordnungspunkt Russlands Aggression gegen die Ukraine ging HV/VP Josep Borrell eingangs auf die geplante siebente Tranche im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität von 500 Millionen Euro ein. Auch konkrete Vorschläge für ein zehntes Sanktionspaket sollen noch vor dem Jahrestag des Beginns des russischen Angriffskrieges angenommen werden. Die EU-Mitgliedstaaten befürworteten die siebente Tranche im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität einstimmig. Zahlreiche EU-Mitgliedstaaten sprachen sich für weitere Sanktionen aus. Darüber hinaus wurden Rechenschaftspflicht,

der 10-Punkte-Friedensplan des ukrainischen Präsidenten sowie Outreach zu Drittstaaten thematisiert.

In der Diskussion zum Tagesordnungspunkt Westafrikanische Sahel- und Küstenländer betonte HV/VP Josep Borrell, dass der Golf von Guinea zu einer Priorität werden müsse, so wie es der Sahel bereits sei. Es bestehe das Risiko des Überschwappens der Konflikte auf den Golf von Guinea, daher brauche man eine integrierte EU-Strategie mit Fokus auf Governance und ausreichend Finanzmittel. Auch der Kampf gegen Desinformation sowie die Unterstützung regionaler Initiativen und Partnerländer seien zentral. Die EU-Mitgliedstaaten sprachen sich für die Fortsetzung des Engagements im Sahel und die Verstärkung des Engagements in den Westafrika-Küstenstaaten aus. Besonders hervorgehoben wurden die Notwendigkeit eines integrierten Ansatzes, Lehren aus den Erfahrungen in Mali zu ziehen sowie mit Strategischer Kommunikation gegen Desinformation vorzugehen.

Unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges thematisierten Deutschland und Dänemark die Freundesgruppe für Klimadiplomatie und betonten die Bedeutung einer eingehenden Diskussion sowie ambitionierter Ratsschlussfolgerungen zu diesem Thema beim RAB am 20. Februar.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

24. Februar 2023

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.  
Bundesminister